

Liebe Mitglieder des NRW-Landesvorstands der Grünen,

im Rahmen der Aktionstage des *Klimacamps im Rheinland 2013* besetzten zehn Klimaaktivist\_innen einen Büroraum der Parteizentrale von Bündnis 90/Die Grünen in Düsseldorf. Die friedliche Besetzung hatte das Ziel, die Grünen an ihre klimapolitischen Zusagen zu erinnern. Insbesondere sollte auf die Widersprüche beim Kraftwerksneubau Datteln IV hingewiesen werden. Die Forderung der Aktivist\_innen nach Veröffentlichung ihrer Pressemitteilung wurde abgelehnt und nach nur knapp zwei Stunden begann die Räumung. Die Aktivist\_innen wurden vom NRW-Landesvorstand der Grünen angezeigt. Gegen jede\_n Einzelne\_n liegt nun ein Strafbefehl mit einer Geldstrafe von 670 Euro vor. Ist das eine angemessene Antwort auf das klimapolitische Engagement junger Menschen? Wir fordern Sie auf, Ihre Entscheidung zu überdenken, die Anzeige zurückzuziehen und mit dem Klimaschutz Ernst zu machen.

Die Genehmigung des Kraftwerksneubaus durch E.ON (Datteln IV), welches eine Mindestlaufzeit von 40 Jahren hat, steht in direktem Widerspruch zum geplanten Kohleausstieg bis 2030. Die Aktivist\_innen sind der Meinung, dass gerade die Grüne Partei sich an dieser Stelle ihrer klimapolitischen Verantwortung nicht entziehen darf. Die Tatsache, dass die Grünen in NRW mit in der Regierung sitzen, sollte Kraftwerksneubauten verhindern und nicht ermöglichen.

Die Grünen in NRW legalisieren mit Datteln IV einen Schwarzbau, der zum Klimakiller wird. Mit den Anzeigen gegen Klimaaktivist\_innen kriminalisieren sie die Menschen, die sich für einen sofortigen und unmittelbaren Klimaschutz einsetzen.

Unterschiedlicher Meinung zu sein ist eine Sache. Als Grüne Partei Strafanzeigen gegen Klimaaktivist\_innen zu erlassen eine andere. Die Geschichte der ökologischen Bewegung – aus deren Mitte die Grüne Partei einst gegründet wurde – zeigt, dass konsequenter Umweltschutz von unten erkämpft wird. Dafür braucht es Ausdauer, Engagement und im Ernstfall den Mut für zivilen Ungehorsam.

Wie die Klimaforschung zeigt, ist der Ernstfall beim anthropogenen Klimawandel längst eingetreten. Mit jedem zusätzlichen Temperaturanstieg werden neue Kippunkte erreicht, die weitere Menschen und Lebensräume bedrohen. Dennoch gibt es weder von der Wirtschaft noch von der Politik adäquate Reaktionen, die den dringend notwendigen sozial-ökologischen Wandel tatsächlich voran brächten.

Deshalb stellt sich die Klimabewegung gegen die zerstörerische Kohleverstromung der Energiekonzerne, wofür sie von der Grünen Partei Zuspruch erhält:

Simone Peter, Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen:

“Es macht Mut, dass immer mehr junge Menschen gegen die Belastung ihrer Zukunft durch Braunkohle demonstrieren. Dieser friedliche Protest darf nicht durch rechtliche Schikanen der Kohlewirtschaft unterdrückt werden. Eigentlich sollten RWE & Co. den Protestierenden für einen Weckruf dankbar sein. Denn wer die Energiewende verschläft und sich an die Braunkohle klammert, wird auch wirtschaftlich keine Zukunft haben.”

In diesem Sinne verstehen wir die Besetzung ebenfalls als Weckruf, ein Weckruf an die Grünen in NRW, vor lauter Alltagsgeschäft, Koalitionsabsprachen und Regierungsverantwortung nicht die Tragweite einer halbherzigen Klimapolitik zu übersehen.

Es geht nicht um uns, sondern um die Möglichkeit einer nachhaltigen Energieversorgung in NRW, die weitreichenden Folgen für das Klima und die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen hat.

Deshalb werden wir am 03.03.2014 gegen das erlassene Strafverfahren Widerspruch einlegen. Wir werden es nicht zulassen, dass unser Handeln für den Klimaschutz kriminalisiert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander, Charlotte, Daniel, Jacqueline, Janna, Kasia, Niklaas, Sebastian, Timmo